

# Flughafengemeinden spannen zusammen

Sie wollen endlich Planungssicherheit haben: Neun Anrainergemeinden des Flughafens Zürich wollen deshalb auch weitere Einschränkungen in Kauf nehmen. Nur die im Süden gelegene Stadt Opfikon hat schon genug und macht nicht mit.

**KLOTEN** – Eigentlich lassen sie am SIL-Prozess kein gutes Haar. Die Gemeinden Bachenbülach, Bülach, Höri, Kloten, Niederglatt, Niederhasli, Oberglatt, Rümlang und Winkel, die rund um den Flughafen Zürich liegen, sind mit den bisherigen Arbeiten zum Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL) alles andere als zufrieden. «Die Dokumente sind unvollständig und voller Fehler», sagte Franz Bieger, Gemeindepräsident von Bachenbülach, gestern an einer Medienkonferenz. Würde man ein Rechtsmittel ergreifen, würden die langen Arbeiten in einem grossen Fiasko enden.

Und dennoch sprechen sich die neun Gemeinden nicht dafür aus, dass der SIL-Prozess sistiert wird. Diese Forderung, die die Bezirke Meilen, Horgen und Uster gestellt haben, ist für Rümlangs Gemeindepräsidenten Thomas Hardegger aber keine Lösung. «Wir müssen seit Jahren mit grossen Planungsunsicherheiten leben.» Die

enorm von den raumplanerischen Einschränkungen betroffenen Gemeinden wollten endlich eine sichere Grundlage für die Zukunft, so Hardegger.

## Zentren in der Schneise

Nachdem Volkswirtschaftsdirektorin Rita Fuhrer am Montag die Positionen der Bezirke und am Mittwoch jene der Fluglärmmorganisationen eingeholt hatte, waren gestern als letzte die Anrainergemeinden an der Reihe. Die neun Gemeinden aus dem Osten, Westen und Norden des Flughafens sprachen dabei mit einer Stimme. Dieser Schulterschluss erfolgte, damit ihrer Position ein grösseres Gewicht beigemessen wird. «Wir sind die direkt Betroffenen, die am meisten den Emissionen und den raumplanerischen Auswirkungen ausgesetzt sind», erklärte Hanspeter Lienhart, Stadtrat von Bülach. «Unsere Anliegen müssen stärker als bislang und mehr als weit entfernte Gebiete berücksichtigt werden.»

Im SIL-Prozess sprechen sich die neun Anrainergemeinden erwartungsgemäss gegen die auf dem Tisch liegenden Varianten aus, die Verlängerungen der Pisten oder den Bau einer Parallelpiste vorsehen. Beides würde dazu führen, dass neue Siedlungsgebiete die Lasten des Flugbetriebs zu tragen hätten, gab Lienhart zu Bedenken. «Unsere Gemeinden haben sich in den vergangenen Jahrzehnten mit Rücksicht auf das Pistensystem und den Flugbetrieb entwickelt.» Beim Bau einer Parallelpiste befänden sich plötzlich die beiden grossen Stadtzentren von Bülach und Kloten direkt in

einer An- und Abflugschneise. Die neun Anrainergemeinden sprechen sich hingegen für die Variante E aus.

## Lauwarme Unterstützung

Diese basiert auf dem bestehenden Pistensystem. «Auch diese Variante wird für alle Nachbargemeinden des Flughafens weitere Verschlechterungen mit sich bringen», sagte Thomas Hardegger. Es handle sich eher um eine «lauwarme Unterstützung der Variante E», ergänzte Hanspeter Lienhart. Sie sei aber «Ausdruck des historischen Miteinanders von Flughafen und Nachbargemeinden».

Opfikon hat sich als einzige Anrainergemeinde nicht dazu durchringen können, die Erklärung mitzutragen. Für die im Süden gelegene Stadt des Flughafens ist die derzeitige Situation mit Südstarts und -landungen untragbar. In seiner Stellungnahme verweist der Stadtrat auf die Entwicklung der letzten Jahre; durch Weg- und Zuzüge hat sich die soziale Struktur gewandelt, die Stadt kämpft mit Problemen (die Arbeitslosenquote ist beispielsweise mit 7 Prozent sehr hoch). Für Opfikon ist deshalb alles, was nicht auf dem heutigen Pistensystem basiert, die bessere Lösung. (OLIVER GRAF)

## Eine Mehrheit ist gegen Ausbau des Pistensystems

Regierungsrätin Rita Fuhrer weiss nun, was die Bezirke, die Fluglärmmorganisationen und die Anrainergemeinden des Flughafens Zürich wollen. Sie hat an drei Abenden sämtliche Positionen zur Zukunft des Flughafens angehört. Das Fazit der Konferenzen ist klar: Der Bau einer Parallelpiste wird wuchtig abgelehnt. Von den zwölf Bezirken haben sich

beispielsweise nur Zürich und Hinwil dafür ausgesprochen.

Auch das Thema Pistenverlängerungen wird von keiner Mehrheit getragen. Fast alle Behörden- und Bürgerorganisationen – wie unter anderem die Region Ost und der Bürgerprotest Fluglärm Ost – haben diese Variante abgelehnt; unter anderem aus Angst vor mehr Ostanflügen.

Eine Mehrheit der Bezirke, der Organisationen und der Anrainergemeinden sprach sich für die Variante E aus, die weitgehend auf dem heutigen Flugbetrieb beruht. Die Zürcher Regierung wird nach den drei Konferenzen nun ihre Haltung definieren. Am 3. April wird sie dann in Bern die Position des Kantons Zürich vertreten. (og)

# Infotafeln warnen Autofahrer vor Staus

**ZÜRICH** – Die Staumeldungen im Radio erhalten Konkurrenz. Die Zürcher Baudirektion montiert zurzeit die ersten sechs von insgesamt elf Informationstafeln, die Pendler auf den Autobahnen über die aktuellen Staus aufklären sollen. Die Ingenieure erhoffen eine Abnahme der Staus. Die sechs Warntafeln werden Mitte Mai aufgeschaltet, damit sie im Juni während der Euro 08 Fans und Touristen orientieren können. Für diese Zeit werde mit einem «erhöhten Verkehrsaufkommen gerechnet», heisst es in einer gestern verschickten Mitteilung. Die Tafeln stehen an den wichtigsten Autobahnkreuzen und Verzweigungen rund um Zürich. Eine wird über der Autobahn A1 auf Höhe des Glattzentrums hängen. Die Anzeigetafeln sind mit der Verkehrsleitzentrale der Kantonspolizei in Zürich verbunden und werden von dort aus gesteuert.

Die zweite Tranche wird gemäss Hans Meier von der Baudirektion gegen Ende 2008 eingebaut. Dank neuester Technologie können die Anzeigen nicht nur Texte, sondern auch Piktogramme darstellen. Laut Meier sollen dereinst nicht nur Informationen zu Staus, sondern auch Empfehlungen zu Umfahrungen und Angaben zu Reisezeiten dargestellt werden. (flu)



Hier erscheinen bald die News zu den Staus rund um Zürich: Die neue Informationstafel über der Autobahn in Wollishofen. Bild: pd

## 360 Milliarden Franken versichert

**ZÜRICH** – Sie versichert die 280 000 Gebäude im Kanton Zürich mit Versicherungswert von 360 Milliarden Franken gegen Feuer und andere Schäden und zahlte 2007 gegen 50 Millionen Franken aus. Jetzt feiert die Gebäudeversicherung (GVZ) ihr 200-Jahr-Jubiläum. Nach dem Prinzip «Keine Dividende vom Elend» bewähre sich die GVZ seit 200 Jahren, wie Direktor Bruno Wittwer gestern vor den Medien betonte. Dank der Organisationsform als nicht gewinnorientierte öffentliche Institution konnten die Prämien stets vergleichsweise tief gehalten werden. Während Feuerschäden mit durchschnittlich 40 Millionen pro Jahr fast schon planpar seien, gelte dies nicht für den stark gewachsenen und unsicheren Bereich der Elementarschäden. Vor allem Hagel-, Sturm- und Hochwasserereignisse können der Versicherung laut Wittwer ganz schön zusetzen – allerdings nicht im letzten Jahr, als nur rund 10 Millionen ausbezahlt wurden.

Um vorzubeugen hat die GVZ fürs Jubiläum 15 Millionen zurückgestellt: Sie leistet damit in den nächsten Jahren Beiträge für freiwillige Hochwassermassnahmen. Weniger die grossen Flüsse als vielmehr kleinere Bäche können laut Wittwer bei massivem Regen grosse Schäden anrichten. (sda/pu)

## Stadt Zürich erlaubt Bourqinis

**ZÜRICH** – Die Stadt Zürich hat den Dresscode für ihre öffentlichen Hallen- und Freibäder geändert. Neu dürfen Musliminnen in sogenannten Bourqinis ins Wasser springen, wie Radio DRS gestern gemeldet hat. Das Wort Bourqini setzt sich zusammen aus Burka und Bikini. Die hautengen Badekleider bedecken den ganzen Körper ausser das Gesicht, die Hände und die Füsse. Sie sind aus leichtem Material geschneidert, das gut trocknet. Die Erfinderin war eine libanesische Frau, die sich in Australien zur Bademeisterin ausbilden lassen wollte.

Die neue Bademode für muslimische Frauen stossen in rechten Kreisen auf heftige Ablehnung. Kaum hatte sich die Nachricht von der Zulassung gestern verbreitet, versandten die Schweizer Demokraten der Stadt Zürich eine Mitteilung, in der sie einen Vorstoss für ein Verbot der Bourqinis ankündigten. Er soll am nächsten Mittwoch im Gemeinderat eingereicht werden. Die Schweizer Demokraten bezeichnen die Badekleider als «unhygienisch» und als «Provokation von Zuwanderern, die sich nicht an hiesige Sitten anpassen wollen».

In Winterthur kennt man die neuen Badeanzüge noch kaum. Die zuständige Stadträtin Pearl Pederngna lässt ausrichten, bei der Stadt habe sich noch nie eine Frau um Erlaubnis für einen Bourqini nachgesucht. Aber wer ihn anziehen wolle, soll ihn «selbstverständlich tragen dürfen». (flu/sda)



Bourqinis kommen in Mode. Bild: pd

## Serbische Familie darf bleiben

**ZÜRICH** – Neue Hoffnung für eine seit bald acht Jahren in der Schweiz lebende vierköpfige Familie aus Serbien. Ihr droht die Ausweisung. Doch der Zürcher Regierungsrat hat den Rekurs der Familie gegen die vom kantonalen Migrationsamt verfügte Wegweisung gutgeheissen. Der Regierungsrat hat den vier Familienmitgliedern die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen aus humanitären Gründen zugesichert, sofern das Bundesamt für Migration den Härtefall anerkenne, heisst es in einer Mitteilung von gestern. Entscheidend für den Regierungsrat sei der Umstand gewesen, dass es der Ausländerfamilie gelungen sei, «sich in ausserordentlichem Masse in hiesige Verhältnisse einzugliedern». Eine Rückkehr nach Serbien schein als unverhältnismässig.

Der Familienvater wurde 2002 vom serbischen Generalkonsulat in die Schweiz geholt und war als Kulturlehrer tätig. Kurz darauf kamen seine Frau und seine beiden Kinder nach.

Im «Wagerenhof» in Uster trat der Vater 2003 eine neue Stelle an. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zürich erteilte ihm die nötige

Arbeitsbewilligung. Das Bundesamt für Migration verweigerte ihm dann aber die Aufenthaltsbewilligung.

Für den Verbleib der Familie im Kanton Zürich hatten sich sowohl die Mitschüler der Kinder in Dietikon – mit einer Petition – sowie der Arbeitgeber, das Behindertenheim «Wagerenhof» in Uster, starkgemacht. Es formierte sich auch ein Komitee «Fairness für Familie Ivanisevic» um Kantonsrätin Julia Gerber Rüegg (SP). In dem Komitee sind zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur. (sda/red)

## INKÜRZE

### Werkstatt angezündet

**ZÜRICH** – Bei einem Brand in einem Karosseriebetrieb entstand ein Schaden von mehreren Hunderttausend Franken. Das Feuer wurde gelegt. Zur Tatzeit standen im Betrieb unter anderem ein Fahrzeug der Stadtpolizei und zwei Fahrzeuge der Kantonspolizei. Die Autos sollten umgebaut werden, teilte die Stadtpolizei gestern mit. Sie untersuche, ob es einen Zusammenhang zwischen der Brandstiftung und den Polizeifahrzeugen gebe. (sda)

ANZEIGE



**JETZT**  
Probieren Sie bei

**möbel Frauenfelder**  
www.frauenfelder.ch

Flaach  
Hauptstrasse 19, Tel. 052 305 30 60

Bachenbülach  
Autobahnausfahrt, Tel. 044 860 58 58

**NEU**  
Die neue Rückenmatratze  
riposa OPERA und CARBON FLEX